

Schwarz-Gelb ist bildungspolitisch am Ende

Das Betreuungsgeld - Chronik eines Politikversagens

- Zahllose Anläufe brauchte Schwarz-Gelb, um mit dem Betreuungsgeld ein – außer von der CSU – von niemandem gewolltes Irrsinnprojekt auf den Weg zu bringen: Viermal hat es die Koalition beschlossen, im Koalitionsvertrag 2009, im Koalitionsausschuss 2011, im Kabinett 2012 und noch einmal im Koalitionsausschuss am 4. November 2012.
- Immer wieder brach der Streit erneut aus. Die FDP maulte und meuterte halbherzig. Zahlreiche Abgeordnete der schwarz-gelben Koalition bezeichneten die „Fernhalteprämie“ ganz offen als Geldverschwendung. Horst Seehofer drohte mit Koalitionsbruch. Familienministerin Schröder tauchte ab. Merkel schwieg. Die Abstimmung im Bundestag musste mehrere Male verschoben werden. Wenn das Betreuungsgeld jetzt dennoch kommt, zeigt es vor allem eines: Schwarz-Gelb ist am Ende – am Ende der Gemeinsamkeiten, am Ende der Glaubwürdigkeit.
- Die Kritik an der „Fernhalteprämie“ kommt von allen Seiten und aus allen Teilen der Gesellschaft: Ob Wirtschaft oder Sozialverbände, ob Arbeitgeberseite oder Gewerkschaften, ob Wissenschaft, ob Kommunalpolitik, ob SPD, Grüne oder Politikerinnen und Politiker aus Union und FDP: Alle lehnen das 2 Milliarden Euro schwere Betreuungsgeld als eine bildungspolitische, gleichstellungspolitische und integrationspolitische Katastrophe ab.
- Wir dokumentieren die vielen Stimmen aus CDU und FDP, die sich offen gegen die „Fernhalteprämie“ gestellt haben. Kommt es jetzt zur Abstimmung im Bundestag, stehen diese Abgeordneten vor einem Offenbarungseid. Stimmen sie trotzdem zu, ist ihre Glaubwürdigkeit dahin.

1 Inhalt

1. Der Zankapfel der Regierung Merkel	2
1.1 Die CDU - im Streit mit sich selbst.....	2
1.2 Die CSU beißt sich fest.....	4
1.3 Die Umfaller-FDP	4
1.4 Chronik eines Kuhhandels	6
2 Warum die „Fernhalteprämie“ Irrsinn ist.....	7
3 Unsere Politik: Irrsinn beenden, Kurs halten – Kitausbau voran bringen	12

1. Der Zankapfel der Regierung Merkel

In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und FDP die Einführung eines Betreuungsgeldes festgeschrieben. Es soll an Eltern ausgezahlt werden, die keine öffentlich geförderte Kindertageseinrichtung für ihre Kinder von ein bis drei Jahren in Anspruch nehmen. Vorgesehen sind 100 Euro monatlich ab 2013 und 150 Euro ab 2014.¹

Noch einige weitere Male hat Schwarz-Gelb das Betreuungsgeld beschlossen: Im Koalitionsausschuss 2011, im Kabinett 2012 und noch einmal im Koalitionsausschuss 2012. Doch Vereinbarungen der Koalitionäre haben nur eine kurze Halbwertszeit: Um die Einführung des Betreuungsgeldes tobt seit jeher ein erbitterter Grabenkampf – jeder gegen jeden. Die Merkel-CDU ist richtungslos. Die Seehofer-CSU erpresst die Koalition mit der Drohung des Bruchs. Und die Rösler-FDP tut so, als sei sie dagegen, nur um im Kuhhandel doch immer wieder zu Kreuze zu kriechen. Kurzum: Inzwischen ist auch der letzte Rest an Gemeinsamkeiten zwischen CDU, CSU und FDP aufgebraucht. Am Betreuungsgeld kann man den Auflösungsprozess der Regierung ablesen.

1.1 Die CDU - im Streit mit sich selbst

Bundeskanzlerin Merkel war ursprünglich der Überzeugung, der Kita-Ausbau habe Vorrang vor dem Betreuungsgeld: „Wir wollen den Rechtsanspruch bis zum Jahr 2013 umsetzen. Wenn wir das geschafft haben, dann können wir uns auch wieder mit denen beschäftigen, die ihre Kinder zu Hause erziehen.“²

Doch wie so oft hat Merkel sich inzwischen klammheimlich von ihrer Position verabschiedet. Denn auch wenn mittlerweile abzusehen ist, dass es große Probleme dabei gibt, den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz zum 1. August 2013 zu erfüllen. Das Betreuungsgeld soll auf Biegen und Brechen kommen - gegen den Widerstand aus allen Teilen der Gesellschaft.

Das Betreuungsgeld stößt in den Reihen der Union auf breite Ablehnung:

- **23 CDU-Bundestagsabgeordnete** kündigen im März 2012 in einem Brief an ihren Fraktionsvorsitzenden Kauder an, gegen das Betreuungsgeld zu stimmen.
- Vor allem die Gruppe der Frauen in der Union und ihre Vorsitzende **Rita Pawelski** wehren sich gegen das Betreuungsgeld. Pawelski beklagt: „Das Betreuungsgeld [...] entspricht nicht dem, was wir in den letzten Jahren als Familienpolitik erarbeitet und umgesetzt haben.“³
- Die ehemalige Bundesfamilien- und heutige Arbeitsministerin **Ursula von der Leyen** verdammt die Leistung in Bausch und Bogen: „Das Betreuungsgeld ist bildungspolitisch eine Katastrophe.“⁴

¹ „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP“, S. 68

² Rede im Deutschen Bundestag, 12.09.2007

³ n-tv.de, 04.04.2012

⁴ ZDF, 27.09.2012

- Und mit **Rita Süßmuth** gibt eine weitere ehemalige Bundesfamilienministerin den Betreuungsgeldgegnern Rückendeckung: „*Das Betreuungsgeld stößt zu Recht auf Ablehnung.*“⁵
- Auch der Wirtschaftsflügel der CDU kann am Betreuungsgeld nichts Positives finden. Das Urteil des Bundesvorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, **Josef Schlarmann**: „*Das Betreuungsgeld ist der völlig falsche Ansatz.*“⁶
- Schützenhilfe erhält er dabei von Arbeitnehmerseite von **Ingrid Sehrbrock**, Stellvertretende DGB-Vorsitzende und Mitglied des CDU-Bundesvorstandes: „*Die Einführung des Betreuungsgeldes [ist] eine Rolle rückwärts.*“⁷



- Auch CDU-regierte Länder stellen sich gegen Merkel. **Annegret Kramp-Karrenbauer**, Ministerpräsidentin des Saarlandes, lässt verlauten: „*Ich stehe dem Betreuungsgeld skeptisch gegenüber und kann das Unbehagen in der Fraktion gut verstehen.*“⁸

Die zuständige Ministerin Schröder ist überfordert. Sie geht in Deckung – und sagt erst einmal gar nichts mehr. Bundesarbeitsministerin von der Leyen hat bereits formuliert, was Betreuungsgeldgegner aus der CDU heimlich hoffen: „Mir ist wichtig, dass evaluiert wird, welche positiven und negativen Auswirkungen das Betreuungsgeld hat, damit man gegebenenfalls auf Basis objektiver Daten nachsteuern kann.“⁹ Im Klartext heißt das: Das Betreuungsgeld ist, wie vieles andere, nur ein Projekt auf Abruf. Die nächste Kehrtwende wird schon vorbereitet.

Eines wird bei diesem Hin und Her deutlich: Hier geht es nicht mehr um die Gestaltung von Politik, hier geht es nicht um die Menschen. Es geht um den Überlebenskampf einer Koalition ohne Ziel, Richtung und Kompass.

⁵ Spiegel Online, 18.04.2012

⁶ Bild, 25.04.2012

⁷ Spiegel Online, 18.04.2012

⁸ Welt Online, 31.03.2012

⁹ Focus Online, 12.07.2012

1.2 Die CSU beißt sich fest

Für die CSU gibt es nur ein Handlungsmotiv: Die bayerische Landtagswahl. Der CSU-Vorsitzende Seehofer braucht das Betreuungsgeld als Wahlgeschenk. In Bayern haben es Eltern nach wie vor schwer, für ihr Kind einen Platz in der Kita zu bekommen. Besonders berufstätige Mütter und Alleinerziehende stehen unter Druck. Seehofer aber will die konservative Klientel befriedigen. Und er spekuliert, dass durch ein vom Bund bezahltes Betreuungsgeld die Nachfrage nach fehlenden bayerischen Kita-Plätzen nachlässt.

Als die Diskussion um das Betreuungsgeld nicht abreißt, warnen selbst Parteiveteranen wie **Alois Glück**, Präsident des Zentralkomitees der Katholiken und ehemaliger CSU-Politiker: „Die Debatte läuft immer weiter aus dem Ruder.“¹⁰

Seehofer sieht rot und droht mit Koalitionsbruch. Er ist unbelehrbar - und knüpft den Fortbestand der Bundesregierung an das Betreuungsgeld: „Ich sage auch im Auftrag meiner ganzen Partei: Die CSU würde ein Scheitern des Betreuungsgeldes nicht hinnehmen. Und die Stimmen der CSU sind in dieser Koalition notwendig.“¹¹ Die „Wunschkoalition“ Schwarz-Gelb ist zum Albtraum geworden – für die Koalitionäre und für Deutschland.

1.3 Die Umfaller-FDP

Die Liberalen haben nie einen Hehl aus ihrer Abneigung gegen das Betreuungsgeld gemacht: „Das Betreuungsgeld war von Anfang an kein Modell der FDP.“¹² Eigentlich gibt es niemanden in der Partei, der die Leistung unterstützt – eigentlich. Denn die Partei zieht daraus keine Konsequenzen.

- Der FDP-Parteivorsitzende **Philipp Rösler** betont, das Betreuungsgeld sei „*kein Lieblingsprojekt von uns als Liberalen*“.¹³
- Bundesjustizministerin **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** stellt klar: „*Ein Herzensanliegen der FDP ist es jedenfalls nicht.*“¹⁴
- FDP-Generalsekretär **Patrick Döring** sagt: „*Das Betreuungsgeld passt nicht in die Zeit.*“¹⁵
- FDP-Fraktionsvorsitzende **Rainer Brüderle** gibt zu: „*Ich mache kein Geheimnis daraus, dass ich davon nicht viel halte.*“¹⁶
- Bundesentwicklungsminister **Dirk Niebel** spricht gleich für die gesamte FDP-Fraktion: „*Die FDP-Bundestagsfraktion hält das Betreuungsgeld für kein geeignetes familienpolitisches Instrument.*“¹⁷

¹⁰ Passauer Neue Presse, 29.06.2012

¹¹ Zeit Online, 17.06.2012

¹² Neue Osnabrücker Zeitung, 07.04.2012

¹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.04.2012

¹⁴ Die Welt, 20.04.2012

¹⁵ Passauer Neue Presse, 03.04.2012

¹⁶ Bildzeitung, 13.11.2009

- Auch Fachpolitiker nehmen kein Blatt vor den Mund. **Sibylle Laurischk**, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Frauen, Senioren und Jugend sagt: „*Da bin ich der Meinung, dass das Betreuungsgeld sinnlos ist.*“¹⁸
- Die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Gisela Piltz** spricht machtpolitischen Klartext: „*Wir haben das inhaltlich immer abgelehnt, das ist nur als Konzession an die CSU in den Koalitionsvertrag gekommen.*“¹⁹
- Und **Dagmar Döring**, Landesvorsitzende der Liberalen Frauen Hessen bringt die Misere der FPD treffend auf den Punkt: „*Keiner will das Betreuungsgeld, aber es kommt trotzdem - welch ein Unsinn.*“²⁰

Dass das Betreuungsgeld Unsinn ist, hat die FPD erkannt. Dass es nun trotzdem kommt, ist symptomatisch. Es ist symptomatisch für eine Partei, die kein Koalitionspartner auf Augenhöhe ist, sondern lediglich als Steigbügelhalter für die Projekte der Unionsparteien herhält. Es ist symptomatisch für einen Parteivorsitzenden, der nichts durchsetzen kann – weder nach Innen noch nach Außen. Und es ist symptomatisch für eine Partei, die so wenig Rückgrat hat, dass sie ihre politischen Grundüberzeugungen verrät und sich mit einem Kuhhandel abspeisen lässt.



¹⁷ www.abgeordnetencheck.de

¹⁸ Rheinische Post, 18.06.2012

¹⁹ Rheinische Post, 29.10.2009

²⁰ Handelsblatt, 06.06.2012

1.4 Chronik eines Kuhhandels

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Kauder hat den Koalitionspartner FDP einst vor überhöhten Forderungen im Austausch für das Betreuungsgeld gewarnt: „Ich halte Tauschgeschäfte, die es in einer Koalition auch mal geben kann, hier für sehr schwierig.“²¹ Doch diese Warnung bleibt hohl, denn schließlich beteiligen sich alle am Kuhhandel, auch die CDU.



- 26.10.2009** Die CSU schreibt das Betreuungsgeld für Kinder unter drei Jahren in den Koalitionsvertrag. Es soll ab 2013 eingeführt werden; gegebenenfalls als Gutschein.
- 06.11.2011** Auf dem Koalitionsgipfel setzt Horst Seehofer (CSU) gegen den Widerstand der FDP durch, dass das Betreuungsgeld kommt: „Besser hätte es nicht gehen können.“²²
- 14.04.2012** Kristina Schröder (CDU) fordert, dass das Betreuungsgeld an Auflagen geknüpft wird, zum Beispiel an **Vorsorgeuntersuchungen**.
- 23.04.2012** Volker Kauder (CDU) schlägt vor, dass Frauen mit Kindern, die vor 1992 geboren sind, mehr **Rentenversicherungszeiten** anerkannt bekommen.
- 06.06.2012** Kabinettsbeschluss zum Betreuungsgeld: Das Gesetz soll vor der Sommerpause abschließend behandelt werden.
- 15.06.2012** Die erste Lesung des Betreuungsgeld-Gesetzes scheitert im Bundestag an der Abwesenheit von Abgeordneten der Koalition.
- 17.06.2012** Philipp Rösler (FDP) bringt ein **Gutscheinmodell** ins Spiel.
- 21.09.2012** Die Fraktionsspitze der CDU einigt sich darauf, dass das Betreuungsgeld auch in die **private Altersvorsorge** eingezahlt werden kann. Dazu soll es eine Zuzahlung geben.

²¹ Bild am Sonntag, 30.09.2012

²² Spiegel Online, 07.11.2011

- 25.09.2012** Volker Zastrow (FDP) nennt als möglichen Preis für das Betreuungsgeld die **Abschaffung der Praxisgebühr**, die **Absenkung des Solidaritätszuschlags** oder die **Abschaffung der Stromsteuer**.
- 18.10.2012** Die geplante zweite und dritte Lesung des Betreuungsgeld-Gesetzes im Bundestag entfällt wegen anhaltender Differenzen in der Koalition.
- 01.11.2012** Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) kündigt an, dass es auf dem Koalitionsgipfel **„keinen Kuhhandel“** geben wird.
- 04.11.2012** Auf dem **Koalitionsgipfel** einigen sich CDU, CSU und FDP auf eine Einführung des Betreuungsgeldes ab 1. August 2013. Die Leistung kann für die **private Altersvorsorge** oder das **Bildungssparen** verwandt werden. Die Anerkennung von **Rentenversicherungszeiten** für Frauen wird geprüft.

2 Warum die „Fernhalteprämie“ Irrsinn ist

Ob das Betreuungsgeld kommt oder nicht, ob es alleine kommt oder ob ein Rattenschwanz an Wahlgeschenken daran hängt - eines ist schon heute klar: Schwarz-Gelb dokumentiert mit diesem Projekt ein beschämendes Politikversagen. Erstens führt die Regierung mit dem Betreuungsgeld eine Leistung ein, von der sie selbst nicht überzeugt ist. Zweitens sind Teile der Koalition bereit, dafür einen Koalitionsbruch zu riskieren. Und drittens offenbart sich mit dem Betreuungsgeld die familienpolitische Konzeptlosigkeit dieser Regierung. Es ist ein Fiasko auf ganzer Linie: Machtpolitisch und in der Sache. Den Schaden haben junge Familien und ihre Kinder. Den Schaden hat die ganze Gesellschaft.

Die Kritik am Betreuungsgeld hat die SPD an vielen Stellen formuliert – und alle unsere Kritikpunkte wurden von vielen Vertreterinnen und Vertretern der Regierungsparteien bestätigt. Bei der abschließenden Beschlussfassung im Bundestag müssen sich diese Kritiker erklären. Die Abgeordneten, die dem Projekt trotzdem ihre Stimme geben, haben kein politisches Rückgrat.

- **Das Betreuungsgeld ist verfassungsrechtlich problematisch.**²³ Zum einen verletzt das Betreuungsgeld das Nichteinmischungsgebot bei der Familienförderung.²⁴ Zum anderen wirkt es der Gleichstellung von Frauen und Männern entgegen.²⁵ Und schließlich läuft die Förderung dem allgemeinen Gleichheitssatz zuwider.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP): „Die Frage wird sein, ob Grundsätze der Gleichbehandlung verletzt werden. Man muss damit rechnen, dass Gegner des Betreuungsgeldes vor das

²³ Schuler-Harms, „Verfassungsrechtlich prekär“

²⁴ Grundgesetz, Art. 6, Abs. 1

²⁵ Grundgesetz, Art. 3, Abs. 2

Bundesverfassungsgericht ziehen. Die Bundesregierung sollte nicht riskieren, in Karlsruhe zu scheitern.²⁶

Sibylle Laurischk (FDP), Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Frauen, Senioren und Jugend: „Ich bezweifle die Verfassungsmäßigkeit des Betreuungsgeldes.“²⁷



- **Das Betreuungsgeld ist Geldverschwendung.** Für 2013 veranschlagt die Bundesregierung 400 Millionen Euro für das Betreuungsgeld. 2014 sind 1,2 Milliarden Euro eingeplant. Doch es lässt sich nur schwer abschätzen, wie viele Eltern die neue Leistung in Anspruch nehmen werden. Laut Experten sind 2013 bereits zwei Milliarden Euro realistisch.²⁸ Und dabei ist die Gegenfinanzierung nicht einmal geklärt. Da wird Geld verschwendet, das der Bund nicht hat und das über Schulden finanziert werden muss.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP): „Wahr ist allerdings, dass es [das Betreuungsgeld] im Widerspruch zu der Sparpolitik steht, die sich die Regierung vorgenommen hat.“²⁹

Philipp Rösler (FDP): „Das Modell der Union für ein Betreuungsgeld kostet viel Geld, ist nicht gegenfinanziert und eine Bildungskomponente fehlt völlig.“³⁰

Christian Lindner (FDP): „Die CSU zwingt die Koalition dazu, mit Geld, das wir nicht haben, eine Sozialleistung einzuführen, die niemand will.“³¹

Jens Spahn (CDU): Gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Dieses Geld ist derzeit schlicht nicht da, die neue Leistung würde also schuldenfinanziert. Neue Schulden also, die die Kinder der Eltern, die Betreuungsgeld erhalten haben, später über ihre Steuern zurückzahlen. Das wäre doch paradox.“³²

²⁶ Die Welt, 20.04.2012

²⁷ Süddeutsche Zeitung, 08.06.2012

²⁸ Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) (Financial Times Deutschland, „Regierung rechnet sich das Betreuungsgeld billig“, 02.04.2012).

²⁹ Die Welt, 20.04.2012

³⁰ Bild am Sonntag, 21.10.2012

³¹ Berliner Kurier, 16.06.2012

³² Abgeordnetencheck.de

Jens Spahn (CDU), „Wir zwingen derzeit ganz Europa in der Schuldenkrise zum Sparen. Da darf es neue Ausgaben in Deutschland nur mit einer sauberen Gegenfinanzierung geben, auch beim Betreuungsgeld.“³³

Miriam Gruß (FDP), Familienpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion: „Auf Schuldenbergen können keine Kinder spielen und erst recht nicht lernen.“³⁴

Sibylle Laurischk (FDP), Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Frauen, Senioren und Jugend: „Das Betreuungsgeld ist ein wenig überzeugendes Taschengeld.“³⁵

- **Das Betreuungsgeld verhindert frühkindliche Bildung.** Vor allem für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen schafft das Betreuungsgeld einen finanziellen Anreiz, den gebührenpflichtigen Kitaplatz gegen eine Geldleistung einzutauschen.³⁶ Dabei ist längst erwiesen, dass für Kinder aus sozial benachteiligten Familien frühe Förderung und soziale Integration besonders wichtig sind.³⁷

Ursula von der Leyen (CDU): „Mit dem Betreuungsgeld verstärken wir den Teufelskreis, in dem Kinder, die von zu Hause keine Chance auf frühe Bildung, gute Sprache, wenig Fernsehen, viel Bewegung haben, vom Kindergartenbesuch ausgeschlossen werden, weil ihre Eltern mit 150 Euro lieber ihre Haushaltskasse aufbessern.“³⁸

Ingrid Sehrbrock (CDU), Mitglied des CDU-Bundesvorstandes und stellvertretende DGB-Vorsitzende: „Das Betreuungsgeld ist gerade für Eltern aus einkommensschwachen Haushalten ein starker finanzieller Anreiz, ihre Kinder von der Kita fernzuhalten. Es wäre fatal, wenn Kindern aus bildungsfernen Familien durch diese Subvention wichtige frühkindliche Bildung vorenthalten würde.“³⁹

Dorothee Bär (CSU), Familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretende Generalsekretärin der CSU: „Die Kinder aus diesen [sozial schwachen] Familien verpassen dann die hochwertige Erziehung in den Krippen.“⁴⁰

Cornelia Pieper (FDP), Staatsministerin im Auswärtigen Amt: „Hier ist ein Umsteuern angesagt: Geld an die Familien mindert die Chancengerechtigkeit, schafft keine Anreize, etwaige Betreuungsangebote anzunehmen, und verstärkt somit soziale Selektion.“⁴¹

³³ Spiegel, 23.04.2012

³⁴ Zeit online, 28.06.2012

³⁵ Süddeutsche Zeitung, 28.06.2012

³⁶ Das Landeserziehungsgeld in Thüringen hat insbesondere für ökonomisch schwächere Familien einen Anreiz geschaffen, ihre Kinder nicht in eine vorschulische Bildungseinrichtung zu bringen. Vgl. Thüringer Kindersozialbericht 2009, S. 55. Dies wird durch die eine neuere Studie bestätigt: Christina Gathmann, Björn Sass, „Taxing Childcare: Effects on Family Labor Supply and Children“, Institut zur Zukunft der Arbeit, März 2012

³⁷ BMFSJ, Familienreport 2011, S. 109 ff.

³⁸ Spiegel, 30.07.2007

³⁹ Spiegel Online, 18.04.2012

⁴⁰ Berliner Tagesspiegel, 07.08.2007

⁴¹ Frankfurter Rundschau, 23.11.2009



- **Das Betreuungsgeld wirkt der Gleichstellung von Frauen und Männern entgegen.** Die traditionelle Rollenverteilung wird durch das Betreuungsgeld weiter befördert. Schon heute nehmen Frauen den Großteil von Elternzeit und Elterngeld in Anspruch. Sie werden auch diejenigen sein, die mit dem Betreuungsgeld länger zu Hause bleiben. Eine gleichberechtigte Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern rückt damit in noch weitere Ferne.

Ingrid Sehrbrock (CDU), Mitglied des CDU-Bundesvorstandes und stellvertretende DGB-Vorsitzende: „Auch gleichstellungspolitisch ist die Einführung eines Betreuungsgeldes eine Rolle rückwärts. Es fördert nach der Geburt eines Kindes den längerfristigen Ausstieg der Mütter aus der Erwerbstätigkeit. Ein rascher Wiedereinstieg, flankiert von verlässlichen Angeboten für eine gute Kinderbetreuung und familienfreundlichen Arbeitszeiten für Männer und Frauen, ist der richtige Weg.“⁴²

- **Das Betreuungsgeld hält Frauen vom Arbeitsmarkt fern und erhöht ihr Armutsrisiko.** Das Betreuungsgeld schafft einen weiteren Anreiz für Frauen, länger aus dem Beruf auszusteigen.⁴³ Die Folge: Der Wiedereinstieg wird für sie immer schwieriger. Auf diese Weise verschenken Frauen ihr Potential – während auf dem Arbeitsmarkt Fachkräftemangel herrscht. Hinzu kommt: Bereits heute sind Frauen stärker armutsgefährdet als Männer. Mit dem Betreuungsgeld wird sich ihre Situation weiter verschlechtern.

Patrick Döring (FDP): „Wenn wir die Frauenerwerbstätigkeit erhöhen und die Rückkehr von Frauen in den Beruf erleichtern wollen, sollten wir nicht die Betreuung von Kindern zu Hause vergüten, sondern den Ausbau von Kita-Plätzen fördern. Das Betreuungsgeld passt nicht in die Zeit.“⁴⁴

Rita Süßmuth (CDU), Ehemalige Bundesfamilienministerin: „Das Betreuungsgeld stößt zu Recht auf Ablehnung. Es befrachtet die Familien- und Kinderpolitik mit neuen Widersprüchen, löst weder

⁴² Spiegel Online, 18.04.2012

⁴³ Axel Plünnecke, „Das Betreuungsgeld aus ökonomischer Sicht“, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Juli 2011

⁴⁴ Passauer Neue Presse, 03.04.2012

*die Probleme der Frauen noch die der Kinder. Diese Maßnahme verringert den Zugang auf eigenes Erwerbseinkommen mit sozialer Absicherung.*⁴⁵

- **Das Betreuungsgeld hemmt Integration.** Kinder mit Migrationshintergrund werden häufig zu Hause betreut. Sie aber brauchen Hilfe beim Spracherwerb und dem Erlernen sozialer und kultureller Fähigkeiten. Diesen Startnachteil können sie später nur schwer wieder aufholen. Mit dem Betreuungsgeld werden früh die falschen Weichen gestellt und die integrationspolitischen Fehler der Vergangenheit fortgeschrieben.

Kristina Schröder (CDU): „Je früher Max und Ali miteinander im Sandkasten spielen, umso besser für die Integration und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“⁴⁶

Reinhard Grindel (CDU): „Auch für kleine Kinder mit Migrationshintergrund, die zu Hause kein Wort Deutsch sprechen, ist ein Krippenbesuch sehr wichtig. Es widerspricht dem Kindeswohl, wenn wir Fehlanreize schaffen, die zur Folge hätten, dass Kindern die notwendige Förderung vorenthalten wird.“⁴⁷

Dagmar Wöhrl (CSU): "Die Kinder müssten so früh wie möglich in einer Kindertagesstätte mit anderen in Kontakt kommen. Bleiben sie zu Hause, führt das vor allem bei Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund zu Sprach- und Integrationsproblemen.“⁴⁸



⁴⁵ Spiegel Online, 18.04.2012

⁴⁶ Frankfurter Rundschau, 03.02.2012

⁴⁷ Böhmezeitung, 20.04.2012

⁴⁸ Nürnberger Nachrichten, 03.03.2012

3 Unsere Politik: Irrsinn beenden, Kurs halten – Kitausbau voran bringen

Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Geburtstag gilt ab dem 1. August 2013. Bis dahin sollten ursprünglich 750.000 Kita-Plätze zur Verfügung stehen. Damit könnten 35 Prozent der unter Dreijährigen eine Betreuungseinrichtung besuchen. Auf Druck der SPD wurden bei den Verhandlungen über die innerstaatliche Umsetzung des Fiskalpaktes immerhin zusätzlich 580,5 Millionen für den Kitausbau eingeplant. Damit werden 30.000 weitere Plätze finanziert. Dies entspricht einem Angebot für 39 Prozent der Kinder unter drei Jahren. Außerdem wurde der Betriebskostenzuschuss für Kitas um jährlich 75 Millionen Euro aufgestockt.

Das Ausbauziel ist aber noch nicht erreicht. Der letzte Stand⁴⁹ zeigt: Bisher werden nur 27,6 Prozent der Kinder unter drei Jahren in einer Kita oder Kindertagespflege gefördert. Dies entspricht 558.000 Plätzen. Es müssen noch rund 220.000 Plätze geschaffen werden, damit am 1. August 2013 780.000 Plätze zur Verfügung stehen. In Ostdeutschland ist die Betreuungssituation durchweg gut. Dort liegt die Betreuungsquote bei über 45 Prozent. Die westdeutschen Bundesländer haben noch einen sehr hohen Ausbaubedarf.

Die Kommunen fühlen sich im Stich gelassen. Denn es erfordert eine enorme Kraftanstrengung, um den Rechtsanspruch zu gewährleisten. Daher muss die Bundesregierung die Hilferufe der finanzschwachen Kommunen ernst nehmen. Wir brauchen eine konzertierte Aktion von Bund, Ländern und Kommunen, um das Ziel zu erreichen.

Die SPD-Fraktion hat die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, auf die Einführung des Betreuungsgeldes zu verzichten.

Was jetzt geschehen muss:

- **Statt des Betreuungsgelds soll das bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren ausgebaut werden.** Dafür werden weitere Bundesmittel benötigt. Für die Kosten des Betreuungsgelds von bis zu zwei Milliarden Euro jährlich könnten 166.000 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden.
- **Der Kitausbau stockt. Daher sind für die Länder und Regionen, die besonders weit zurück liegen, eine gezielte Problemanalyse und Sofortmaßnahmen vonnöten.** Von der SPD geführte Länder haben bereits Sofortmaßnahmen eingeleitet, wie zum Beispiel die Task Force in Nordrhein-Westfalen. Die Hilferufe der Kommunen im Hinblick auf den Kitausbau müssen ernst genommen werden.
- **Es bedarf eines neuen Krippengipfels, um den tatsächlichen Bedarf an Kita-Plätzen zu analysieren.** Nur so können konkrete Maßnahmen verabredet werden, um den Ausbau zu beschleunigen,

⁴⁹ Statistisches Bundesamt, Veröffentlichung 06.11.2012, Stand vom 1. März 2012

pädagogische Fachkräfte zu gewinnen und die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung zu verbessern.

- **Wenn der Gesetzentwurf für das Betreuungsgeld im Bundestag verabschiedet wird, muss eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht geprüft werden.** Die Zweifel sind groß, ob das Betreuungsgeld überhaupt verfassungsgemäß ist.